

Vielen schmeckt der Vegetariertag nicht

Diskussion Forderung der Grünen nach rein vegetarischem Angebot stößt in Kantinen auf Skepsis

Von unserem Mitarbeiter
Stefan Butz

Bad Kreuznach. Einen verpflichtenden rein vegetarischen Tag in der Kantine: Das ist die Forderung der Grünen, die bereits zu Boulevardgeschäfte wie „Grüne wollen uns das Fleisch verbieten“ führte. Was derzeit auf den Speiseplänen in den Kantinen der Region steht, stellen wir beispielhaft am Angebot in Bad Kreuznach dar. Zwar gibt es keinen reinen Veggie-Tag, aber viele bieten regulär Gerichte für Vegetarier und Veganer an.

In der Michelin-Kantine kommt jeder zum Mittagessen seiner Wahl: Ob Wurst und Pommes, ob allerlei Gemüse, ob das gesündere „Balance Menü“, ob an der großen Salatbar. Jedoch, weiß Betriebsleiter Heiko Christmann vom zuständigen Caterer Aramark, sei „Fleisch der Deutschen liebstes Gemüse“. Zwar sieht auch er die von den Grünen bemängelte Tatsache, dass für die Produktion eines Kilos Rindfleisch Unmengen von Wasser und Pflanzen verbraucht werden, doch er kennt seine Kundschaft: „Die Leute aus der Produktion wollen Kalorien und tierisches Eiweiß.“

Die Mitarbeiter aus der Verwaltung seien eher für vegetarische Gerichte zu begeistern, die es übrigens dreimal pro Woche als „Balance Menü“ gebe. An den restlichen beiden Tagen können sich Vegetarier ihre Mahlzeit selbst am warmen Büfett und der Salatbar zusammenstellen.

Firma bietet Ernährungsberatung

Nicht Essensvorlieben, sondern Grundsätzliches führt Peter Kubitschek, Personalleiter für die Werke Bad Kreuznach und Trier, ins Feld: „Das geht gegen meine Grundprinzipien. Man kann doch erwachsenen Menschen nicht vorschreiben, was sie essen sollen“, kritisiert er die Idee, dass jede Kantine künftig an einem Tag ausschließlich vegetarisches Essen anbieten soll.

Ähnlich argumentiert Ulrike Dahlheimer, Pressesprecherin der Michelin in Bad Kreuznach: Man wolle keine Verpflichtung und biete bereits mit der „Balance“-Linie gesundes Essen an. Vegetarier gebe es eher wenige im Werk. Statt auf Zwang setze man auf Überzeugung, biete sogar Ernährungsberatung an.

Ganz gelassen reagiert Georg Scheffler-Borngässer, Pressesprecher der „kreuznacher diakonie“, auf die Forderung nach einem vegetarischen Tag. 30 Prozent des



Fleisch kommt in Deutschland oft auf den Tisch – zu oft, finden die Grünen und fordern einen Vegetariertag in Kantinen.

Foto: dpa

Personals würden in den Kantinen und Cafeterien des Hauses sowieso bereits vegetarische Gerichte bestellen. Sie werden genauso selbstverständlich angeboten wie Speisen ohne Schweinefleisch. „Wenn das morgen verpflichtend würde, wäre es übermorgen durch – da gibt es ganz andere Aufregungen“, ist er sich sicher.

Küchenleiter Bernd Engelmann vom Krankenhaus St. Marienwörth

sieht das ähnlich entspannt: Man biete jetzt bereits täglich Menüs für Vegetarier und Veganer an. Einen vegetarischen Tag könnte er sich – eigentlich klar bei einer katholischen Einrichtung – am ehesten am Freitag vorstellen. „Wir machen da gern mit.“ Inklusive des Altenpflegebereichs kochen Engelmann und sein Team täglich 650 Essen, davon circa 50 bis 70 vegetarische Mahlzeiten.

Ganz und gar gegen einen solchen vegetarischen Tag ist Wolfgang Berger, Pressesprecher von Josef Schneider Optische Werke. „Man sollte den Leuten einfach selbst überlassen, was sie essen wollen“, sagt er. Von strenger Regulierung nunmehr auch des Essensbereichs halte er gar nichts. Bei Schneider biete man jeden Tag zwei Menüs in der Kantine, eines mit Fleisch, das andere vegeta-

risch. Beide Menüs würden in großer Zahl bestellt, lägen in Sachen Beliebtheit fast gleichauf – was aber immer vom konkreten Angebot abhänge. Suppe und Salatbuffet seien zudem ebenfalls oftmals Optionen für Vegetarier.

Vorschlag ist „unverschämt“

Ins gleiche Horn wie Berger stößt auch Guido Borowski von der Pressestelle der Meffert AG: „Was will denn der Staat uns noch alles vorschreiben?“, fragt er entrüstet und nennt den Vorschlag der Grünen eine „Unverschämtheit“. Das eigentlich Spannende dabei: Bei Meffert hat man bereits seit längerer Zeit gar keine Kantine mehr – wie auch bei der Kreisverwaltung und den Justizbehörden. Als man bei Meffert noch Kantine anbot, sei dies in zu geringem Maße angenommen worden, erinnert sich Borowski. Im Pausenraum sowie in den Küchen im Verwaltungstrakt habe jetzt jeder die Möglichkeit, sich mitgebrachtes Essen warm zu machen. Wenn klar erkennbar sei, dass die Belegschaft eine Kantine wünsche, werde man wieder darüber nachdenken, eine einzurichten.

Reaktionen: Der Grünen-Vorschlag wird als Bevormundung bewertet

Die Kritik gegen den im Wahlprogramm der Grünen festgeschriebenen fleischfreien Tag in deutschen Kantinen nimmt zu. Gewerkschafts- und Industrieveteranen reagierten ablehnend auf die Idee. Auch die SPD geht auf Distanz.

„Wir sind gegen jede Form der Bevormundung“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenbergs. „Fleisch und Wurst gehören zu einer ausgewogenen Ernährung nun einmal dazu.“ „Unsere Mitarbeiter sollten selbst entscheiden, was sie essen wollen“, sagte der Präsident des Ver-

bandes der Familienunternehmer, Lutz Goebel. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungs-industrie (BVE), Wolfgang Ingold. „Hinter diesen Plänen steht ein ganz seltsames Bevormundungs-modell“, sagte er. Der Vegankoch und Buchautor Attila Hildmann („Vegan for Fit“) sprach sich ebenfalls gegen einen verpflichtenden Veggie-Tag aus. „Ich animiere die Menschen, diese ge-nussvolle, bunte Küche selbst aus-zuprobieren“, sagte er. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach erklärte: „Wir sollten in

den Kantinen gesündere Kost an-bieten und den Fleischkonsum verringern.“ Zwangslösungen seien aber nicht dienlich. SPD-Kanzler-kandidat Peer Steinbrück hatte sich von seinem Wunschpartner Grüne mit dem ironischen Satz distanziert: „Die haben noch nicht mitgekriegt, dass es jetzt um die Wurst geht.“ Positive Erfahrungen mit einem vegetarischen Tag in Kantinen macht hingegen der Vegetarierbund Deutschland (Vebu). 30 Städte be-teiligen sich mittlerweile an dem Projekt. „Der Veggie-Tag kommt sehr gut an“, sagte Projektleiterin Silke Bott.

Initiative: Klage gegen Ausbau der A643

Verkehr Ramsauer-Pläne stoßen auf Kritik

Mainz. Eine Mainzer Bürgerinitiative schließt eine spätere Klage gegen die Pläne von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) zum sechsspurigen Ausbau der A 643 zwischen der Schiersteiner Brücke und Mainz-Gonsenheim nicht aus. „Als Bündnis ‚Nix in den Mainzer Sand setzen‘ sehen wir eine Klage als letztes Mittel“, sagte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Mainzer Naturschutzverbände, Jürgen Weidmann. Zunächst müsse die Verträglichkeit der Pläne mit einem ernst bedrohten Schutzgebiets nachgewiesen werden. „Dann werden wir uns das ansehen und wenn nötig auch klagen.“

Ramsauer hat das Land Rheinland-Pfalz mit den Planungen für einen sechsspurigen Ausbau der Autobahn 643 beauftragt. In diesem Bereich liegt der Mainzer Sand, nach Ansicht der Initiative mit europaweit einzigartiger Natur. SPD und Grüne in Rheinland-Pfalz hatten sich im Frühjahr auf vier Spuren plus Standstreifen bei Bedarf für diesen Abschnitt geeinigt.

Naturschützer hadern mit den Grünen

Politik Kritik vom BUND

Rheinland-Pfalz. Der Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Harry Neumann, hat die Grünen in Rheinland-Pfalz scharf attackiert. „Ich höre flächendeckend im Naturschutz, dass die Grünen nicht mehr wählbar sind“, sagte Neumann der Allgemeinen Zeitung in Mainz. „Wir sind enttäuscht, weil Natur- und Arten-schutz nicht die Bedeutung haben, die wir uns von den Grünen erhofft haben.“ Verärgert sei der BUND auch über Kompromisse, die die SPD ihrem grünen Koalitions-partner abgetrotzt habe. Der beschlosse Lückenschluss an der A1 etwa sei ein „Kniefall vor der Wirtschaftslobby“. Unter der Grünen-Wirtschaftsministerin Eveline Lemke laufe zudem der Ausbau der Windenergie völlig aus dem Ruder. „Es gibt keine Steuerung, keine Qualitätsplanung.“

Griff in Bikinihose: Ex-Lehrer vorbestraft

Justiz 38-Jähriger aus dem Kreis Neuwied erkennt das Urteil an – Weitere Ermittlungen eingestellt

Von unserem Redakteur
Mario Quadt

Kreis Neuwied/Koblenz. Erst kam das Geständnis im Gerichtssaal nach jahrelangem Leugnen, jetzt der Verzicht auf Revision: Nachdem nunmehr das Urteil des Neuwieder Amtsgerichts rechtskräftig ist, gilt Ex-Lehrer Dirk S. (Name geändert) aus dem Kreis Neuwied als vorbestraft. Der Verteidiger des 38-Jährigen hatte zwar Rechtsmittel eingelegt, diese jedoch wieder zurückgenommen, wie Oberstaatsanwalt Rolf Wissen von der Staatsanwaltschaft Koblenz jetzt auf RZ-Anfrage erklärte.

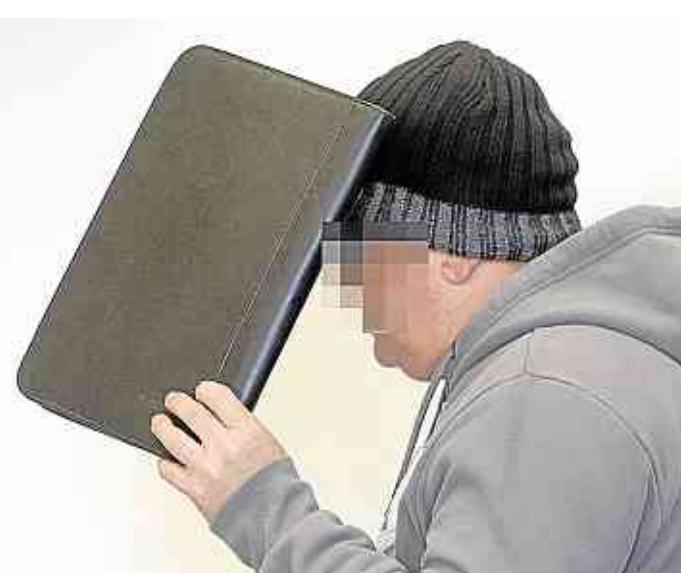
Angeklagt war der frühere Hauptschullehrer, weil er im Sommer 2006 einer damals 15 Jahre alten Schülerin seiner eigenen Klasse während eines Klassenausflugs im Sprudelpool eines Spaßbads in die Bikinihose gegriffen hatte (die RZ berichtete). Um der heute 22 Jahre alten Frau eine Aussage über die für sie bis heute bedrückenden Ereignisse vor Gericht zu ersparen, hatte Dirk S. die Tat gestanden. Im Gegenzug erhielt der auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis ausgeschiedene Ex-Pädagoge eine Geldstrafe von

über Jahren darauf anlegte, sich an die Schülerin heranzumachen?“, fragt er. Doch werde die Fülle an sexuellen Übergriffen des Lehrers für katholische Religion, Mathe-matik und Geschichte nie in ihrer Gesamtheit über viele Jahre kritisch betrachtet. Somit komme Dirk S. – wie im jüngsten Fall – mit einer Geldstrafe davon. Ein Kurio-sum: Obgleich die Initiative als Nebenklägerin am Prozess teilge-nommen hatte, erfuhr der Anwalt des Vereins erst auf Nachfrage von

der Rechtskraft des Urteils. Keinen Prozess muss Dirk S. offenbar in einem anderen Fall fürchten: Die Koblenzer Staatsanwaltschaft hat jetzt ihre Ermittlungen im Fall der älteren Schwester des Mädchens, mit dem der Pädagoge über Mo-nate eine sexuelle Beziehung ein-ging, eingestellt. „Sie führen nicht zu einem hinreichenden Tatver-dacht“, erklärte Oberstaatsanwalt Rolf Wissen.

Dirk S. soll in einer Unterrichtspause, so der Vorwurf, der damaligen Neuntklässlerin im Klassen-raum unter das T-Shirt ge-griffen und ihr den Rücken gestreichelt haben. Auf einer Klassenfete nach der Zeugnisausgabe habe der Fachlehrer den nächsten Annähe-rungsversuch gewagt, ihr in den Schritt gefasst und sie aufgefordert, sein Glied anzufassen. Nach eigener Aussage folgte die uner-fahrene, leicht angetrunke-ne Schülerin dieser Aufforderung ihres Lehrers.

„Es stand letztlich Aussage gegen Aussage“, konstatiert Wissen. Der Anwalt der jungen Frau aus der Verbandsgemeinde Asbach hat gegen die Einstellung Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft eingelegt. Zu Recht, wie Heibel fin-det. „Dass Aussage gegen Aussage steht – so ist das bei einem Missbrauch“, sagt er. Entschieden ist über die Beschwerde noch nicht.



Dirk S. gestand vor Gericht, im Sommer 2006 einer damals 15-jährigen Schülerin in die Bikinihose gegriffen zu haben.

Foto: dpa

Fall Billen wird im Dezember neu aufgerollt

Justiz Polizeidatenaffäre beschäftigt jetzt Juristen in Frankenthal

Rheinland-Pfalz. Das Landgericht Frankenthal will vom 9. Dezember an über den Geheimnis-verrat des CDU-Landtagsabgeordneten Michael Billen verhandeln und möglichst noch vor Weih-nachten ein Urteil fällen. Dabei geht es um eine inzwischen vier Jahre zurückliegende Polizeidaten-Affäre: Billen hatte bei seiner Tochter, einer Polizeibeamtin, in der Pfalz geheime Daten über Personen „abgegriffen“, die mit der Lan-desregierung am Nürburgring Ge-schäfte machten. Die Angaben soll Billens Tochter aus dem Polizei-computer beschafft haben.

Politisch sorgte dies für mächtigen Wirbel: Da Billen sich weigerte, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen, musste er vorübergehend aus der Fraktion ausscheiden und im Landtag „am Katzentisch“ sitzen. Damit ist es vorbei, seit er im Frühjahr 2011 erneut seinen Wahlkreis Bitburg-Prüm gewann. Juristisch schwelt der Fall weiter: Das Landgericht Landau hatte Billen und Tochter freigesprochen.

Der von der Staatsanwaltschaft Landau eingeschaltete Bundesge richtshof hob aber das Urteil auf. Aus seiner Sicht war es wider-sprüchlich. Jetzt muss das Landgericht Frankenthal entscheiden. Wie die Präsidentin Irmgard Wolf auf Anfrage unserer Zeitung sagte, hat die zuständige Kammer die Staatsanwaltschaft mit Nach-ermittlungen beauftragt. Denn Billen hatte vorgebracht, dass er es als Mitglied des Untersuchungsausschusses „Nürburgring“ gar nicht notwendig hatte, sich auf Um-wegen die Daten zu beschaffen. Dies überprüften die Ankläger. Für den Prozess gegen Billen und seine Tochter sind fünf Verhandlungstage vorgesehen. Ursula Samary



Michael Billen mit seiner Tochter im Jahr 2011 in Landau.

Foto: dpa